

Februar 2022

ÖNZ-Standpunkt: Militärische Lösungen sind keine Antwort auf die Gewalt in der DR Kongo – Das Kriegsrecht im Osten des Landes heizt Konflikte an

Die rohstoffreichen Provinzen Nord-Kivu und Ituri im Osten der DR Kongo sind seit mehr als 25 Jahren von anhaltender Gewalt geprägt. Expert:innen des Kivu Security Trackers schätzen in einem Bericht vom 22. Februar 2021, dass rund 122 verschiedene bewaffnete externe Milizen und lokale Gruppen in der Region aktiv sind. Darunter zählen eine Vielzahl von lokalen Bürgerwehren, sogenannte „Mai-Mai“, die ursprünglich aus Uganda stammende ADF-Miliz, die kongolesischen CODECO-Milizen, die Hutu-Miliz FDLR und weitere Gruppen. Aber auch Mitglieder der kongolesischen Armee FARDC bereichern sich am Rohstoffhandel, bilden Allianzen mit Milizgruppen und tragen zur Gewalt bei.

Kriegsrechts („état de siège“) in Ituri und Nord-Kivu

Mit der Begründung, die Gewalt eindämmen zu wollen, erließ Präsident Félix Tshisekedi am 6. Mai 2021 für zunächst 30 Tage das Kriegsrecht in den Provinzen Nord-Kivu und Ituri. Diese militärische Entscheidung der Regierung überraschte die Mehrheit der Bevölkerung in den beiden Provinzen und ging mit dem Austausch sämtlicher lokaler politischer Autoritäten und der Justiz durch eine Militärregierung sowie der Einschränkung von Bürgerrechten und der Bewegungsfreiheit einher. Seitdem wurde das Kriegsrecht bereits zum 16. Mal verlängert.

Zu Beginn der Einsetzung des Kriegsrechts setzten Teile der lokalen Zivilgesellschaft aufgrund der desolaten Sicherheitssituation Hoffnung auf diese militärische Intervention. Gleichzeitig sorgte die Neubesetzung sämtlicher politischer und juristischer Posten mit Militärangehörigen für große Skepsis. Die damit verbundenen Befürchtungen begründen sich einerseits durch die fehlenden politischen Kompetenz der neuen militärischen Machthaber:innen und andererseits durch die Entstehung eines neuen Sicherheitsvakuums – dort, wo die Armee nicht präsent ist bzw. abgezogen wurde.

Des Weiteren erfolgte die Verhängung des Kriegsrechts voreilig ohne eine klare Planung mit dazugehörigen strategischen Maßnahmen, wie zum Beispiel einer kohärenten Finanzierung, einer Definition militärischer Ziele sowie strategischer, operativer und taktischer Handlungen. Seit Jahren sind die strukturellen Defizite in der kongolesischen Armee alarmierend, insbesondere der Mangel an Logistik, Ausrüstung, Munition, Kleidung, Medikamenten und Lebensmitteln sowie das Fehlen einer ausreichenden und regelmäßigen Besoldung der Soldat:innen und einer Versorgung ihrer Familienangehörigen.

Die kongolesische Regierung stellte circa 37 Mio. US\$ für die Durchführung des Kriegsrechts zur Verfügung. Von diesem Budget wurden 12% für die Auszahlung des ausstehenden Solds der Soldat:innen, 53% für die Militärstäbe in Kinshasa und 3% für die Führung und Kontrolle verwendet. Lediglich 32% der 37 Mio. US\$ kamen vor Ort an, um die militärischen Operationen durchzuführen.

Der von der Regierung in Kinshasa legitimierte Einmarsch der ugandischen Armee zur Durchführung gemeinsamer Militäroperationen gegen die ADF-Milizen am 30. November 2021 trug zu einer weiteren Eskalation der Lage bei. Übergriffe auf die Bevölkerung sowohl durch die Miliz-Gruppen als auch durch die anwesenden Militärs häufen sich. Infolgedessen stehen große Teile der Zivilgesellschaft dem Kriegsrecht zunehmend kritisch gegenüber und verlangen seine Beendigung. Auch die abgesetzten zivilen Lokalregierungen der beiden Provinzen forderten am 3. August 2021 bereits ein Ende des

Kriegsrechts. In einer öffentlichen Erklärung legten sie ihre Bedenken an der Effektivität des Kriegsrechts dar und verlangten von der Regierung in Kinshasa eine unabhängige Evaluation der militärischen Maßnahme, die jedoch bis heute nicht erfolgt ist.

Verschlechterung der Sicherheitsituation

Lokale und internationale Expert:innen resümieren, dass die Sicherheitslage im Nord-Kivu und in Ituri aufgrund der kontinuierlichen Militärpräsenz in den beiden Provinzen noch prekärer ist. Laut des Kivu Security Trackers wurden seit der Einsetzung des Kriegsrechts im Ostkongo (Ituri, Nord-Kivu sowie der Provinz Süd-Kivu) mindestens 1.890 Personen von bewaffneten Gruppen ermordet. Allein die ADF-Miliz soll zwischen November 2019 und Mai 2021 über 1.000 Zivilist:innen um die Stadt Beni in der Provinz Nord-Kivu getötet haben. Ein Bericht der Vereinten Nationen (VN) dokumentierte von Januar bis September 2021 mehr als 1.200 getötete Zivilist:innen sowie mehr als 1.100 Vergewaltigungen in den Provinzen Ituri und Nord-Kivu. Im Vertriebenenlager Rhoe in Ituri ist die Zahl der Geflüchteten seit Mitte November 2021 von 20.000 auf 65.000 gestiegen. Das jüngste Massaker fand am 1. Februar 2022 mit 62 Toten im Vertriebenenlager Bule in Ituri statt. Lokale Partner:innen sind fassungslos angesichts der, ihrer Einschätzung nach, beispiellosen Brutalität des Massakers. Laut VN entfallen von den 5,2 Millionen Binnenvertriebenen in der DR Kongo rund 3,5 Millionen auf Ituri und den Nord-Kivu.

Auch der letzte VN-Bericht zur Menschenrechtssituation vom November 2021 stellt eine Verschlechterung gegenüber den Vormonaten fest. Die Anzahl getöteter Frauen ist seit Einsetzung des Kriegsrechts gestiegen. Sowohl die Zahl unterernährter Kinder als auch die Zahl durch gewaltsame Angriffe Vertriebener nimmt zu. Aus der Provinzhauptstadt des Nord-Kivu Goma mehren sich seit Anfang des Jahres die Berichte von gewaltvollen Übergriffen. Allein zwischen dem 16. - 19. Januar 2022 wurden drei Jugendliche unter bislang ungeklärten Umständen ermordet.

Durch die wachsende Unsicherheit steigt zudem der Bedarf an koordinierter humanitärer Hilfe. Den meisten Nichtregierungsorganisationen vor Ort fehlt es an finanziellen und materiellen Mitteln, um die Versorgung von Teilen der Bevölkerung und der Vielzahl an Binnenvertriebenen zu gewährleisten.

Rolle der staatlichen Sicherheitskräfte

Das Kriegsrecht muss auch in Bezug auf die Rolle staatlicher Sicherheitskräfte in der Region kritisch betrachtet werden. Den eingesetzten Militärgouverneuren Constant Ndimba Kongba im Nord-Kivu und Luboya Nkashama Johnny in Ituri werden Menschenrechtsverbrechen angelastet, die sie während ihrer früheren Mitgliedschaft in Milizen begangen haben sollen. Dieses Problem erstreckt sich auch auf weite Teile des kongolesischen Militärs FARDC. Die entstehenden Loyalitätskonflikte aufgrund von Verbindungen der FARDC mit Milizen machen die Konfliktdynamik noch komplexer. Ein weiteres Problem ist die Veruntreuung von staatlichen Geldern durch einzelne Militärs. Zudem gibt es immer wieder Berichte von gewaltsamen Übergriffen auf die Zivilbevölkerung durch FARDC-Mitglieder. Staatliche Sicherheitskräfte haben 39 % der dokumentierten Menschenrechtsverletzungen in der DR Kongo im November 2021 zu verantworten.

Einschränkung von Bürgerrechten und -freiheiten

Das Kriegsrecht stattet die Militärregierung mit einer Reihe an Sonderbefugnissen wie Demonstrations- und Versammlungsverboten und das Verhängen nächtlicher Ausgangssperren aus. Es wird vermutet, dass Präsident Tshisekedi mit der Ausrufung des Kriegsrechts auch anhaltende Proteste gegenüber seiner Regierung eingrenzen möchte. Demonstrationen werden gewaltsam aufgelöst und die Verantwortlichen vor ein Militärtribunal gestellt. 13 Mitglieder der Bürgerbewegung La Lucha sind seit dem 11. November 2021 wegen Verstoß gegen das Demonstrationsverbot in Goma inhaftiert. Ihnen drohen Haftstrafen zwischen 5 bis 20 Jahren. Am 24. Januar 2022 haben Sicherheitskräfte einen La Lucha-Aktivisten während einer friedlichen Demonstration gegen das Kriegsrecht in Beni

erschossen. Die freie Meinungsäußerung steht unter Zensur, was eine Debatte über das Kriegsrecht seitens zivilgesellschaftlicher Akteure erschwert. Kritiker:innen des Kriegsrechts drohen Inhaftierungen – auch in der Provinz Süd-Kivu, die nicht direkt vom Kriegsrecht betroffen ist.

Nach neun Monaten andauerndem Kriegsrecht ist deutlich geworden, dass die gewalttätigen Übergriffe zugenommen haben. Die Gefahr einer Verstetigung des Kriegsrechts und einer Manifestierung der Militärregierung wird immer größer. Eine eindimensionale Sicht auf die anhaltende Konfliktsituation in den östlichen Provinzen der DR Kongo sowie reine militärische Lösungsansätze haben weder in der Vergangenheit noch in der momentanen Situation für eine Verbesserung für die Bevölkerung gesorgt. Solange die Komplexität der Konflikte mit ihren sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ursprüngen nicht genau analysiert und mit politischen Lösungsstrategien angegangen wird, hält die Gewalt in der Region an.